

Bundeskanzler Olaf Scholz

Bundeskanzleramt

Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin



Verein Blaulicht-Familie

Alter Wienerweg 12
2344 Maria Enzersdorf
Österreich

Kontakt

info@blaulicht-familie.de
www.blaulicht-familie.de

03.03.2024

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Olaf Scholz,

wir sind ein gemeinnütziger Verein, gegründet und getragen von Menschen aus den klassischen Blaulicht-Berufen, der Polizei, der Feuerwehr und dem Rettungsdienst. Darüber hinaus kommen unsere Mitglieder aus der Pflege, der Lehrer- und Ärzteschaft, der öffentlichen Verwaltung und der Bundeswehr.

Als Angehörige aus Berufsgruppen, deren ureigenste Bedeutung darin besteht, dem Gemeinwohl und den Menschen dienlich zu sein, sehen wir es als unsere eidliche Verpflichtung an, Sie zum Wohl unserer Mitglieder und zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger, darauf hinzuweisen, dass der Entwurf des neuen WHO-Pandemievertrages (PA) und die Reform der Internationalen Gesundheitsrichtlinien (IHR), aus unserer Sicht eine Bedrohung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellen. Detaillierte Informationen erhalten Sie über die Internetseite der „World Health Alliance“ (www.worldhealthalliance.net).

Wir müssen Sie eindrücklich darauf hinzuweisen, dass Sie Ihrerseits selbst Gefahr laufen Ihren Amtseid zu brechen, sollten Sie aufgrund dieser bestehenden Gefahr nicht aktiv werden. Es sei Ihnen zugestanden, dass Sie sich aufgrund der Komplexität der betroffenen Thematik und durch Ihre berufliche Auslastung, dieser Gefahr nicht bewusst sind. Mit unserem Schreiben möchten wir sicherstellen, Sie direkt auf dieses Problem hinzuweisen. Das Schreiben wird von uns allen Bürgerinnen und Bürgern öffentlich zugänglich gemacht.

Der Einfluss der Profiteure von Pandemien, nämlich insbesondere großer pharmazeutischer Unternehmen, auf die WHO ist unübersehbar. Die finanziellen und gesundheitlichen Schäden, die den Bürgerinnen und Bürgern durch das leichtfertige oder sogar fehlerhafte Feststellen und Ausrufen von Pandemien entstehen, traten nicht nur im Zusammenhang mit SARS-CoV-2, sondern auch bei der Schweinegrippe oder jüngst bei den Affenpocken offen zu Tage.

Völlig offenkundig wurden, vor allem im Rahmen der Corona-Pandemie, von der WHO erhebliche Fehleinschätzungen getroffen. Es wurden mehrere, wissenschaftlich nicht haltbare, Empfehlungen gegeben, die extreme Schäden für die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft, das Staatswesen und auch die Gesundheit der Menschen zur Folge hatten und den beteiligten pharmazeutischen Unternehmen gleichzeitig Milliarden Gewinne einbrachten.

Durch eine Zentralisierung der Entscheidungsbefugnis über gesundheitspolitische Maßnahmen, die grundsätzlich seit jeher von Subsidiarität geprägt waren und in den Regionen getroffen wurden, bestünde die dringende Gefahr der Unterwanderung der grundgesetzlich garantierten freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Nicht umsonst heißt es in Art. 20 II „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“.

Der Entwurf des Pandemieertrages, sowie auch die reformierten Internationalen Gesundheitsvorschriften, enthalten für uns nicht akzeptable Bestandteile und bedrohen die verfassungsrechtlich garantierten Grundrechte, sowie auch unsere Autonomie als Nationalstaat und damit dessen demokratische Prozesse. Konkret soll hierdurch die Möglichkeit geschaffen werden, einzig und allein über die Feststellung und Ausrufung einer Pandemie seitens der WHO (bitte beachten Sie die Änderung der Definition aus dem Jahr 2009), den Mitgliedsstaaten vorzugeben, welche gesundheitspolitischen Maßnahmen diese zu treffen haben. Damit einher ginge im Übrigen auch die Möglichkeit zur Vorgabe der Einführung einer allgemeinen Impfpflicht, welche, wie Ihnen bekannt ist, im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 noch durch eine Mehrheit im Bundestag abgewendet werden konnte. Diese Möglichkeit bestünde dann nicht mehr.

Vom 27.05. - 01.06.2024 wird auf der Generalversammlung der WHO in Genf von den Delegierten über den neuen Pandemieertrag und die Reform der Internationalen Gesundheitsvorschriften abgestimmt. Wir appellieren an Sie, die 24 Delegierten der BRD auf die bestehende Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung hinzuweisen, damit diese ihre Zustimmung verweigern.

Sollten für den neuen Pandemieertrag und/oder die Internationalen Gesundheitsvorschriften dennoch durch die Delegierten der anderen Mitgliedsstaaten die erforderlichen Mehrheiten aufgebracht werden, fordern wir Sie auf dafür Sorge zu tragen, dass gegen die Reform der Internationalen Gesundheitsvorschriften ein nationales Veto seitens der BRD eingelegt wird. Sollte die Generalversammlung der WHO diesem Vertrag zustimmen, halten wir es für dringend geboten, dass dieser nicht durch den Deutschen Bundestag und Bundesrat gesetzlich verankert wird.

Als treue Staatsdiener, die ebenso einen Eid auf unsere Verfassung geleistet haben wie Sie, kommen wir nicht umhin Sie darauf hinzuweisen, dass unserer Einschätzung nach jeder, der aktiv daran mitwirkt oder wissentlich zulässt, dass einer nicht demokratisch legitimierten Organisation, wie der WHO, Machtbefugnisse erteilt werden, die die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland aufheben, entgegen diesem geleisteten Eid handelt.

Im Interesse der Bevölkerung muss die massive Einflussnahme großer pharmazeutischer Unternehmen auf die WHO und die Regierungen dringend eingeschränkt werden. Zudem sollte ergebnisoffen und zeitnah im Parlament darüber diskutiert werden, ob die Bundesrepublik Deutschland nicht aus dieser inzwischen höchst fragwürdigen, nicht demokratisch gewählten Organisation, die vom deutschen Steuerzahler erheblich mitfinanziert wird, austreten sollte.

Mit freundlichen Grüßen,

der Vorstand der Blaulicht-Familie

Sabrina Kollmorgen, Obfrau

Carsten Stehlik, stellv. Obmann